STARKE KOMMUNEN. STARKES EUROPA. STARKE GEMEINSCHAFT.

Gemeinsame Europapositionierung der kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg

EUROPABÜRO DER BAYERISCHEN KOMMUNEN

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen

WARUM WIR EUROPA BRAUCHEN!

STARKE KOMMUNEN UND EINE STARKE EU BRAUCHEN EINANDER, UM ERFOLGREICH DIE GEMEINSAME ZUKUNFT ZU GESTALTEN!

Unsere Kommunen – die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke – sind tagtäglich für ihre Bürgerinnen und Bürger da und ermöglichen ihnen damit kommunale Selbstverwaltung und demokratische Teilhabe. Um den Herausforderungen unserer Zeit angemessen zu begegnen, ist ein bürgernahes Europa unerlässlich. Denn die Kommunen sind die Multiplikatoren vor Ort, um Europa zu erklären und zu gestalten. Für die neue Gesetzgebungsperiode der Europäischen Union (EU), die nach den Europawahlen 2024 beginnt, müssen wichtige Weichen kommunalfreundlich gestellt werden.

Europa ist für kommunale Entscheidungs-trägerinnen und -träger mehr als nur ein Ort, an dem EU-Gesetze entstehen. Europa, und damit der Prozess der europäischen Einigung, bedeutet für uns vielmehr die Hoffnung auf Frieden und die Wahrung von Sicherheit, das Teilen gemeinsamer Werte sowie das Zusammenleben in kultureller Vielfalt und in Wohlstand. Die Ereignisse der letzten Jahre, wie die Corona-Pandemie und die Rückkehr von Krieg nach Europa, zeigen jedoch eindrücklich, dass das Errungene nicht selbstverständlich ist. Die Kommunen wollen gemeinsam mit der EU ein demokratisches Europa erleben und gestalten.

Die Kommunen in ländlichen und städtischen Gebieten stehen jedoch vor mehreren großen Herausforderungen: Wirtschafts- und Gesundheitskrisen, ein rasanter digitaler Wandel, die Verschärfung der Klima- und Biodiversitätskrise, der notwendige Ausbau erneuerbarer Energien und die aktuelle Asyl- und Flüchtlingssituation setzen die Kommunen gleich aus mehreren Richtungen unter Druck. Deshalb setzen wir uns für eine starke EU überall dort ein, wo sie zielführende und faire Ergebnisse erzielen kann, regionale Besonderheiten schützt, auf die kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip achtet sowie stärker als bisher die Verhältnismäßigkeit bei der Gesetzgebung berücksichtigt. Viele der Herausforderungen, vor denen wir vor Ort stehen, lassen sich ohne Lösungen auf Ebene der EU nicht bewerkstelligen. Gleichzeitig hängt der Erfolg oder das Scheitern europäischer Gesetzgebung nicht zuletzt von ihrer Durchführbarkeit auf kommunaler Ebene ab.

Die kommunale Ebene muss bei künftigen EU-Gesetzesvorhaben im europäischen Mehrebenensystem als Partner auf Augenhöhe von Anfang an besser bedacht und miteinbezogen werden. Die weitere Gestaltung des Grünen Deals und der Digitalisierung, die Belebung des EU-Binnenmarkts angesichts der Wirtschaftsflaute, eine Verbesserung der Kohäsionspolitik für alle Regionen Europas und eine gerechte Lösung im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik stellen hierbei nur eine Auswahl an wichtigen Themen aus kommunaler Sicht dar, die EU-weite Anstrengungen auf allen Ebenen erfordern. Zudem muss die EU bürokratische Hürden abbauen, sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Der immer weiterwachsende Bürokratieberg schränkt die lokale Handlungsfähigkeit ein und droht die Akzeptanz für die EU erheblich zu mindern.

Wir fordern eine echte Entlastungsallianz, um eine effizientere Gesetzgebung zu ermöglichen und damit den Mehrwert der EU für alle deutlich zu machen. Hierzu müssen Dokumentations- und Berichtspflichten zukünftig auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Der Grundsatz der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit muss wieder verstärkt gelebt werden. Um die europäischen Werte auch in den Kommunen weiterhin transportieren zu können, ist es wichtig, dass die EU auf die besonderen und bewährten kommunalen Strukturen Rücksicht nimmt. Wir bekennen uns hierbei zu den kommunal getragenen Sparkassen, denen eine besondere Verantwortung vor Ort zukommt. Die kommenden Jahre erfordern eine verstärkte Anstrengung seitens der EU und ihrer Mitgliedstaaten, um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Maßnahmen zu erreichen, die dem Ziel der Klimaneutralität Europas bis 2050 dienen.

Seit Jahrzehnten erheben die Kommunen aus Bayern und Baden-Württemberg ihre Stimme gegenüber den Institutionen der EU, um partnerschaftlich und konstruktiv zu den besten Lösungen beizutragen. Demokratie bedeutet, Kompromisse einzugehen und an diesen mit den besten Absichten für das Gemeinwohl mitzuwirken. Den Anspruch, an dem demokratischen Willens- und Gesetzgebungsprozess auf Ebene der EU durch aktive Interessenvertretung teilzunehmen, erheben wir weiterhin. Unser Ziel ist, den Kommunen ein echtes Mitspracherecht zu geben.
Aus diesem Grund betonen die kommunalen Spitzen- und Landesverbände aus Bayern und Baden-Württemberg:

STARKE KOMMUNEN UND EINE STARKE EU BRAUCHEN EINANDER, UM ERFOLGREICH DIE GEMEINSAME ZUKUNFT ZU GESTALTEN!

WORUM ES UNS GEHT

KOMMUNALE FORDERUNGEN

Wir brauchen eine Umwelt- und Klimapolitik, die die Kommunen mitnimmt.

Wir brauchen Europa für das digitale Zeitalter.

Wir brauchen Europa für Zukunftsinvestitionen in den Kommunen.

Wir brauchen Europa ,um die Kohäsionspolitik fit für die Zukunft zu machen.

Wir brauchen Europa für gerechte und begrenzende Lösungen der Asyl- und Flüchtlingssituation.

Wir brauchen gleichzeitig ein Europa, das die Chancen der legalen Migration endlich besser nutzt.

Wir brauchen Europa mit guter Rechtsetzung und weniger Bürokratie.

Die ausführlichen Forderungen sind hier zu finden:
Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.

FRAGEN ZU UNSERER ARBEIT?

Einfach melden:

Europabüro der bayerischen Kommunen
+32 2 549 07 00
info@ebbk.de

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
+32 2 513 64 08
sekretariat@europabuero-bw.de